Vernehmlassung zum Verordnungspaket Parlamentarische Initiative 19.475 «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren»

Procédure de consultation sur le train d'ordonnances Initiative parlementaire 19.475 « Réduire le risque de l'utilisation de pesticides »

Procedura di consultazione sul pacchetto di ordinanze Iniziativa parlamentare 19.475 «Ridurre il rischio associato all'uso di pesticidi»

Organisation / Organizzazione	Kanton Solothurn
Adresse / Indirizzo	Volkswirtschaftsdepartement des Kantons Solothurn Amt für Landwirtschaft des Kantons Solothurn Hauptgasse 72 4509 Solothurn
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	Solothurn, 5. Juli 2021 Rückfragen an: Lorenz Eugster, Bereichsleiter Direktzahlungen & Agrardaten

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme elektronisch an gever@blw.admin.ch.

Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.

Merci d'envoyer votre prise de position par courrier électronique à gever@blw.admin.ch. Un envoi **en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D'avance, merci beaucoup.**

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'indirizzo di posta elettronica gever@blw.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Inhalt / Contenu / Indice

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali..... 3

BR 01 Direktzahlungsverordnung / Ordonnance sur les paiements directs / Ordinanza sui pagamenti diretti (910.13)..... 4

BR 02 Verordnung über Informationssysteme im Bereich der Landwirtschaft / Ordonnance sur les systèmes d'information dans le domaine de l'agriculture / Ordinanza sui sistemi d'informazione nel campo dell'agricoltura (919.117.71)..... 29

BR 03 Verordnung über die Beurteilung der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft / Ordonnance sur l'évaluation de la durabilité de l'agriculture / Ordinanza concernente l'analisi della sostenibilità in agricoltura (919.118)..... 33

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali

Die Fokussierung der vorgesehenen Massnahmen auf die Dünger- und Pflanzenschutzmittelflüsse wird begrüsst und zielt in die richtige Richtung.

Wir verlangen eine Fokussierung auf die Entwicklung der vorgesehenen Informationssysteme für Pflanzenschutzmittel (IS PSM) und für Düngemittel (IS NSM). Entsprechend fordern wir Zurückhaltung bei der Einführung neuer Massnahmen im Rahmen der Direktzahlungsverordnung. Die damit einhergehenden Anpassungen bei den Bewirtschaftungsvorgaben und den Aufzeichnungen belasten den Vollzug, die Beratungsdienste und die Bewirtschafter und Bewirtschafterinnen stark. Fördermassnahmen müssen dann ausgestaltet werden, wenn die Datengrundlagen durch die neuen Informationssysteme bereitstehen.

Die weiterhin zunehmende Komplexität der Fördermassnahmen macht dem Kanton Solothurn Sorge. Nicht nur Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter, sondern auch die Vollzugsseite hat mit den unzähligen Massnahmen und ihren Details Probleme, da die Kapazitäten weder auf Seiten Beratung noch auf Seite Vollzug oder Vollzugsunterstützung vorhanden sind. Insbesondere die Einführung von neuen Massnahmen ist immer eine Herausforderung.

Die gleichzeitige Einführung mehrerer Fördermassnahmen in der DZV, in Kombination mit der Neugestaltung der IS PSM und IS NSM, kann nicht als gelungene Projektplanung bezeichnet werden. Die Entwicklung der Agrarinformationssysteme ist nicht auf die vorgesehenen Massnahmen abgestimmt und es besteht die Gefahr, dass bereits deshalb die gewünschte Wirkung nicht eintritt.

Vor dem Hintergrund der technischen Entwicklungen (insbesondere bezüglich der Digitalisierung) müssen die Bemühungen mehr Transparenz in die Dünger- und Pflanzenschutzmittelflüsse zu bringen so umgesetzt werden, dass der Bezug zu den effektiven Fruchtfolgen gemacht werden kann. Aussagekräftige Daten für Analysen und Massnahmen in sensiblen Gebieten (wie z.B. in den fein gegliederten hydrologischen Einzugsgebieten) müssen möglich werden. Wir erachten es als realistisch, die dafür notwendigen technologischen Mittel zeitlich und inhaltlich so zu entwickeln, dass der administrative Aufwand der betroffenen Bewirtschafter und Bewirtschafterinnen nicht überbordert.

Wir begrüssen sehr, dass mit der Revision der Direktzahlungsverordnung der Förderung der Bodenqualität mehr Gewicht beigemessen wird, indem Massnahmen zur Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit mit Produktionssystembeiträgen unterstützt werden können. Wir begrüssen, dass die bisherigen REB-Massnahmen zur schonenden Bodenbearbeitung weiter Bestand haben und dass zusätzlich die Bedeckung des Bodens mit Zwischenkulturen und Gründüngungen als Bewirtschaftungsmassnahmen zum Humusaufbau gefördert werden.

Diese Massnahmen haben einen positiven Effekt auf den Humusgehalt, die Vielfalt und Abundanz der Bodenlebewesen und die Bodenstruktur. Eine verbesserte Bodenfruchtbarkeit bedeutet, dass die Böden ihre unverzichtbaren Funktionen im Naturkreislauf besser erfüllen können. Weniger Erosion und verbesserte Filter- und Abbaufähigkeit der Böden tragen unter anderem zum verbesserten Schutz der Gewässer bei, was genau dem Ziel der angestrebten Phosphor-Reduktion entspricht.

BR 01 Direktzahlungsverordnung / Ordonnance sur les paiements directs / Ordinanza sui pagamenti diretti (910.13)

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Die in diesem Vernehmlassungspaket vorgebrachten Massnahmen reduzieren die Zielkonflikte nicht und bringen die Erfordernisse einer Landnutzung bezüglich Klimaschutz, Biodiversitätserhaltung, und Ernährungssicherung nicht unter einen Hut.

Der Selbstversorgungsgrad sinkt gemäss vorgelegtem Szenario. Die Kalorienproduktion sinkt v.a. im Pflanzenbau und kaum in der Tierproduktion, was dem Ziel einer weniger fleischlastigen Ernährung entgegenläuft. Der Zielkonflikte sind also nach wie vor einige.

Die vorgeschlagenen Massnahmen fördern primär den Verzicht auf bisherige Kulturmassnahmen, ohne Alternativen oder Innovationen angemessen zu fördern. Bei einer Landnutzung unter integrierter Berücksichtigung von Klimaschutz, Biodiversität, und Ernährungssituation müsste eine Optimierung der Kalorienproduktion je eingesetzter Ressourceneinheit eine wesentliche Beachtung erhalten.

Bezüglich dem Erteilen von Sonderbewilligungen müssen für die zuständigen Fachstellen der Kantone bewältigbare Prozesse ermöglicht werden. Die zur Verfügung stehenden Ressourcen der Kantone genügen nicht für die vorgeschlagene Umsetzung, welche deutlich Mehraufwand bringt. Auch eine Erweiterung der Kapazitäten bei den Kantonen ist per Inkraftsetzung der Änderungen nicht realistisch. Da Schädlinge und Krankheiten nicht an Kantonsgrenzen haltmachen, müssen nationale, regionale und lokale Bewilligungen möglich sein. Auch bezüglich Gültigkeit (Zeitfenster) muss Klarheit und Einfachheit bestehen. Für den Bewirtschafter/die Bewirtschafterin darf die Komplexität bezüglich Pflanzenschutzmitteleinsatz nicht zunehmen. Nur wenn die Einschränkungen übersichtlich sind, werden diese Eingang finden.

Je praktikabler die Vorgaben und die Information für den Bewirtschafter sind, umso mehr kann eine Reduktionsstrategie unterstützt werden. Je grösser die Abhängigkeit zu Beratung, Lohnunternehmen und PSM-Handel ist, umso mehr wird nicht die Strategie des Bewirtschafters, sondern jene der beauftragten Stellen gefahren. Solche Strategien können aber auch Vorteile haben, wenn gute Prognosemodelle eingebunden sind. Genau deshalb müssen für die Sonderbewilligungen gute Prozesse aufgestellt werden.

Das notwendige Budget beim BLW für risikobasierte PSM-Kontrollen über Pflanzen- und Erdproben zur Unterstützung des Vollzugs muss sichergestellt werden. Grundsätzlich besteht das Problem, dass die vorgesehenen Massnahmen zwar in einem spezifischen Zeitpunkt kontrolliert werden könnten, aber dies nicht im Rahmen von gebündelten Kontrollen gemäss den VKKL-Vorgaben möglich ist.

Produktionssystembeiträge Verzicht auf PSM: Der Vernehmlassungsvorschlag, wonach die Anforderungen im Ackerbau pro Hauptkultur auf dem Betrieb gesamthaft zu erfüllen sind, stellt für den Vollzug dieser einen Massnahme zwar eine einfache Lösung dar; die unterschiedlichen Boden- und Anbauverhältnisse der Bewirtschaftungsparzellen werden den Einstieg bei einem gesamtbetrieblichen Ansatz aber erschweren bzw. verunmöglichen. Bei Ackerbau mit geregelter Fruchtfolge treffen immer wieder einzelne Kulturen auf einen Schlag, welcher für die PSM-Verzichtsmassnahme weniger oder nicht geeignet ist. Mit der vorgeschlagenen Regelung, dass die gesamte Hauptkultur die Anforderungen erfüllen muss, wird aus unserer Erfahrung ein geringer Reduktionseffekt oder dann die Inkaufnahme vernachlässigter Kulturen erwirkt. Vernachlässigte Kulturen sind im Vollzug absolut nicht greifbar, da die Nachweispflicht in keiner Form dem Bewirtschafter übertragen werden kann, sondern immer bei der Vollzugsinstanz bleibt.

Die vorgelegten Massnahmen versuchen alle Ackerkulturen bezüglich PSM-Verzicht einem identischen Massnahmenset unterzuordnen. In Getreidekulturen, bei welchen (auch auf Grund der Praxiserfahrungen) die Teilnahme relativ gut möglich ist, werden die Programme angemeldet. In andern Kulturen (u.a. Kartoffeln, ZR, Raps), wo Pflanzenschutz – aktuell zT. relativ intensiv – angewendet wird, damit überhaupt eine Ernte erfolgen kann, sind die Programme nicht an die erforderlichen Einstiegs-/Entwicklungsschritte angepasst. Da der Verzicht auf PSM hier nicht so einfach ist, werden die Programme wie bisher

wenig angemeldet oder dann im grösseren Stil wieder abgemeldet, was einen entsprechend geringen Effekt (auch gemäss SWISSLAND-Modellierung bei Kartoffeln und ZR) zur Folge haben wird. Punktuell auf PSM verzichten und alle 3 Jahre einen Totalausfall in Kauf nehmen ist einerseits Food-Waste und andererseits wirtschaftlich nicht tragbar und kann nicht eine zielgerichtete Lösung sein. Für solche Kulturen ist ein gezielteres Vorgehen anzustreben.

Problematische Verunkrautungen in Ackerfläche ist Food-Waste an der Basis. Die vorgeschlagenen Massnahmen zum Verzicht auf Pflanzenschutzmittel wie auch das weit gesäte Getreide als neuen BFF-Flächen im Ackerbau braucht begleitende Massnahmen im Vollzug um von Beginn weg bezüglich Inkaufnahme vernachlässigter Kulturen lenkend eingreifen zu können. Vernachlässigte Kulturen (darunter auch problematisch verunkrautete Kulturen) sind im Vollzug schwierig greifbar, da die Nachweispflicht in keiner Form dem Bewirtschafter übertragen werden kann, sondern immer bei der Vollzugsinstanz bleibt. Die aktuell geltende Vollzugsvorgabe bei problematisch verunkrauteten Parzellen, welche erst eine Frist, dann eine Nachkontrolle und schliesslich ein LN-Ausschluss in jedem Einzelfall vorsieht, ist absolut untauglich. Dies auch deshalb, da der Bewirtschafter nicht das Problem der Bewirtschaftung lösen muss, sondern das Unkraut innerhalb Frist irgendwie von der Bildfläche verschwinden muss.

Taugliche Begleitmassnahmen für den Vollzug (in Sachen vernachlässigte/verunkrautete Kulturen) fehlen in den gemachten Verordnungsanpassungen vollständig. Diese müssen bis Ende 2022 implementiert werden. Dabei muss eine angepasste Erstsanktion direkt bei Feststellung einer problematischen Verunkrautung aufgrund vernachlässigter Bewirtschaftung ausgesprochen werden. Im Wiederholungsfall bzw. bei nicht an die Hand nehmen einer Sanierung oder verbesserter Kulturführung muss dem Betrieb eine Folgesanktion auferlegt werden).

Bemessung des massgebenden Tierbestandes für die Suisse-Bilanz muss analog den Vorgaben für das Import-Export-Modul der Suisse-Bilanz angepasst werden. Aktuell nimmt die Suisse-Bilanz eine Stellung als Abschlusspapier ohne Planungswirkung ein, da erst gegen März ein Abschluss der Bilanz möglich ist (ab Ende Stichtagserhebung). Anders sieht es beim Import-Export-Modul aus, wo anhand des Abschlusses im Herbst ein Einbezug für die Planung der Düngung der Kulturen des Folgejahres möglich ist. **Wenn das Instrument Suisse-Bilanz die Düngung besser beeinflussen soll, dann ist zwingend notwendig, dass die abgeschlossene Nährstoffbilanz im Zeitpunkt des Anbaus der nächsten Kulturen vorliegen.** 3 Monate (Tierbestand ab Mitte Januar verfügbar vs. Tierbestand Ende September z.B. mit Herbsterhebung verfügbar) hat bezüglich Düngung eine Verzugswirkung von einem ganzen Anbaujahr.

Wir verweisen auf im Kontext der Fülle an Massnahmen auch auf die Problematik, dass im Zeitalter der Digitalisierung jeglicher Vollzug schwierig wird, wenn Fördermassnahmen auf einer Verordnung basieren, welche gespickt ist mit Verweisen auf andere Regelwerke. Der Versuch den Vollzug mit Merkblättern zu jeder Massnahme zu unterstützen, entfaltet nur bedingt Wirkung, denn Merkblätter werden nicht mehr als Printprodukte versendet. Ein verständlicheres Regelwerk mit Verzicht auf Verweise würde die digitale Kommunikation und die Umsetzung der Massnahmen vereinfachen.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 14 Abs. 2 Anrechenbare BFF	<p>Da für uns die Einordnung der Blühstreifen in die BFF (Art. 55) zwingend ist, kann Art. 14 Abs. 2 vereinfacht werden. Die Voraussetzung von Eigentum oder Pachtland macht bei Langfrist-BFF Sinn, nicht aber bei BFF in einer Fruchtfolge.</p> <p>Antrag: Aus Art. 14, Abs. 2 zwei Ziffern machen mit folgendem Inhalt:</p> <p>Abs. 2) Als BFF anrechenbar sind Flächen und Bäume nach Art. 55 ohne artenreiche Grün- und Streueflächen im Sömmerungsgebiet sowie Flächen und Bäume nach Anhang 1 Ziffer 3 welche sich auf der Betriebsfläche befinden.</p> <p>Abs. x) Anrechenbare BFF und Bäume müssen im Eigentum oder auf dem Pachtland des Bewirtschafters oder der Bewirtschafterin sein, mit Ausnahme der BFF in Fruchtfolge.</p>	<p>Die Voraussetzung von Eigentum oder Pachtland macht bei Langfrist-BFF Sinn, nicht aber bei BFF in einer Fruchtfolge.</p> <p>Bei BFF in Fruchtfolge macht die Voraussetzung Eigentum oder Pacht keinen Sinn, da ansonsten alle BFF auf Kulturen im Landabtausch oder in Gebrauchsleihe nicht anrechenbar wären.</p> <p>Die im bisherigen Art. 14, Abs. 2 Bst. a formulierte Distanzbedingung kann auf die Lage auf der Betriebsfläche reduziert werden, denn jede Betriebsfläche gehört zu einer Produktionsstätte.</p>
Art. 14, Abs. 4 Anrechenbarkeit BFF	<p>Bisheriger Abs. 4 muss belassen werden und die Anrechenbarkeit der Nützlingsstreifen in Dauerkulturen ist mit Bezug auf Artikel 55 als eigenständiger Absatz zu formulieren.</p>	<p>Da für uns die Beibehaltung der Blühstreifen sowie die Einordnung der Nützlingsstreifen als BFF (Art. 55) zwingend ist, muss Art. 14 entsprechend angepasst werden.</p>
Art. 14, Abs. 4 Nützlingsstreifen in Dauerkulturen	<p>Die Limitierung bei Nützlingsstreifen in Dauerkulturen muss von 5% der Fläche der Dauerkultur auf 5% der Dauerkulturfläche des Betriebes geändert werden.</p>	<p>Für einfache Berechnungsgänge in den Agrarinformationssystemen und als Vereinfachung für die Betriebe ist die Limitierung in Art. 14, Abs. 4 auf Betriebsstufe zu machen und nicht auf Stufe Einzelkultur.</p>
Art. 14 a Anteil an BFF auf Ackerfläche	<p>Antrag: Artikel 14a vereinfachen und kontrollierbar machen. %-Anforderung zu Mindestflächenanforderung ändern sowie Bezug zu 3ha OA in TZ und HZ ändern zu 3ha OA für Betriebe mit Schwerpunktzone TZ und HZ.</p> <p>Art. 14a</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Betriebe im Talgebiet (Zonenverordnung Art. 2 Abs. 5) mit mehr als 3ha OA müssen eine Mindestfläche von 20 Aren als Flächen nach Art. 55 Absatz 1 Buchstaben Ausweisen. 2) (wie Entwurf Ziffer 3) Höchstens die Hälfte des erforderlichen Anteils an Biodiversitätsförderflächen 	<p>Der Vollzug zusätzlicher Mindestanforderungen in Prozent, welche im Feld als definierte Kulturflächen vorhanden sein sollten ist eine komplizierte Kombination von zwei Kriterien.</p> <p>Für den Betrieb ist die Mindestfläche an BFF definiert und in der Praxis umgesetzt. Für eine spezifische Förderung von BFF im Ackerbau, also in einer Fruchtfolge, braucht es eine Jahr-für-Jahr einfache verständliche Mindestanforderung an BFF; dies ist nur mit einem fixen Flächenmass machbar.</p> <p>Mit einer Regelung, wonach jeder Betrieb im Talgebiet mindestens 20 Aren Acker-BFF erbringen muss (und noch</p>

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
	<p>darf durch die Anrechnung von Getreide in weiter Reihe (Art. 55 Abs. 1 Bst. q) erfüllt werden. Zur Erfüllung des erforderlichen Anteils an Biodiversitätsförderflächen nach Artikel 14 Absatz 1 ist nur diese Fläche anrechenbar.</p>	<p>mehr, um die 7% BFF zu erreichen) ist einfach kommunizierbar, einfach kontrollierbar (zeig mir deine 20 Aren) und ist unabhängig von Flächenzugängen im Laufe des Winters bzw. im Frühling (z.B. Übernahme einer bereits angesäten Ackerlandfläche im Frühling kann zu ÖLN-Sanktionen führen, da der %-Wert unterschritten wird).</p> <p>Es ist davon auszugehen, dass grössere Betriebe innerhalb der Fruchtfolge das eine oder andere Getreide in weiter Saat anbauen und damit weit mehr Acker-BFF ausweisen werden als die vorgeschlagene Mindestfläche von 20 Aren. Die Förderung von Strukturelementen im Ackerbaugesamt würde mit einer solchen Mindestanforderung nicht gehemmt und es erfolgt kein Verdrängungsprozess von Grünland-BFF hin zu Acker-BFF.</p> <p>Hinweis: Der vorgeschlagene Wert von 20 Aren entspricht 3.5% von 6 ha offener Ackerfläche. Bei Betrieben mit mehr als 6 ha offener Ackerfläche soll der Anreiz bei den BFF-Elementen selber und auch eine Förderung von Kleinstrukturen im Ackerbaugesamt Wirkung zeigen.</p> <p>Der Bezug zu 3 Hektar offene Ackerfläche in der Tal- oder Hügelzone bedingt, dass der Betrieb ein bisher nicht relevantes Summenkriterium einzelner Flächen kennen muss. Innerhalb einer Fruchtfolge kann dieser Wert von Jahr zu Jahr unterschiedlich sein. Liegt bei einem Betrieb mit 4 ha OA die Kunstwiese in BZ1 ist der Betrieb pflichtig für BFF1 im Ackerbau, liegt die Gerste in der Bergzone 1 ist er nicht pflichtig; dies während für den ÖLN immer die Fruchtfolgeanforderungen massgebend sind. Der Bezug muss also zwingend zur bekannten Schwergewichtszone des Betriebes gemacht werden.</p> <p>Gemäss Swissland-Modellierung werden die BFF im Ackerbau v.a. auf Kosten der Kunstwiesen angebaut werden. Die entsprechenden Auswirkungen auf die Fruchtfolgen und Futtergrundlage der Betriebe (welche beide noch exakter zu analysieren wären) könnten mit einer 20-Aren-Regelung abgedämpft werden.</p>

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 18 Abs. 4	<p>Pflanzenschutzmittel, die Wirkstoffe mit erhöhtem Risikopotential für Oberflächengewässer oder Grundwasser enthalten, dürfen nicht angewendet werden. Die Wirkstoffe sind in Anhang 1 Ziffer 6.1 festgelegt. <u>Produkte, die solche Wirkstoffe enthalten sind entsprechend zu kennzeichnen.</u></p>	<p>Ein Festhalten der Wirkstoffliste im Gesetz reicht nicht aus, um das Risikopotential zu kennzeichnen. Damit für die Anwenderin und den Anwender sofort klar ist, dass es sich um Mittel handelt, die im ÖLN nur mit Sonderbewilligung eingesetzt werden dürfen, sind die Produkte mit diesen Wirkstoffen entsprechend auf den Flaschen zu kennzeichnen.</p>
Art. 18, Abs. 6	<p>System Sonderbewilligung muss grundsätzlich überdacht werden.</p> <p>Einerseits darf für die Bewirtschafter die Komplexität bezüglich Pflanzenschutzmitteleinsatz nicht zunehmen. Nur wenn die PSM-Einschränkungen übersichtlich sind, werden diese in der Praxis ohne grossen Umsetzungsaufwand Eingang finden.</p> <p>Andererseits müssen bezüglich dem Erteilen von Sonderbewilligungen für die zuständigen Fachstellen der Kantone bewältigbare Prozesse ermöglicht werden. Da Schädlinge und Krankheiten nicht an Kantonsgrenzen halt machen müssen nationale, regionale und lokale Bewilligungen auch interkantonal koordiniert möglich sein und <u>auf interkantonal abgestimmten Beurteilungskriterien</u> basieren.</p> <p>Drittens muss auch der Umgang mit neuen Prognosemodellen in die Sonderbewilligungsprozesse einbezogen werden.</p> <p>Viertens: Auch Betriebe ohne ÖLN setzen allenfalls eigentlich "sonderbewilligungspflichtige PSM" ein. Je nachdem, wie diese Betriebe ihren PSM-Einsatz melden und begründen müssen, hat dies Auswirkungen auf die Sonderbewilligungsprozesse.</p>	<p>Je praktikabler die Vorgaben und die Information für den Bewirtschafter ist, umso mehr kann eine Reduktionsstrategie unterstützt werden. Je grösser die Abhängigkeit zu Beratung, Lohnunternehmen und PSM-Handel wird, umso mehr wird nicht die Strategie des Bewirtschafters, sondern die PSM-Strategie eines anderen Entscheidungsträgers gefahren. Solche Strategien können aber auch Vorteile haben, wenn gute Prognosemodelle eingebunden sind. Genau deshalb müssen für die Sonderbewilligungen gute Umsetzungsprozesse aufgestellt werden, welche an den Kantonsgrenzen nicht zwingend Halt machen sollten.</p>

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 36	Anpassen des massgebenden Tierbestandes grundsätzlich entsprechend den aktuell gültigen Vorgaben an das Import-Export-Modul der Suisse-Bilanz. Nur so kann die mit dem massgebenden Tierbestand verbundene Nährstoffbilanz eine Wirkung auf Betriebsentscheide im Folgejahr bewirken.	Bemessung des massgebenden Tierbestandes für die Suisse-Bilanz muss analog den Vorgaben für das Import-Export-Modul der Suisse-Bilanz angepasst werden. Aktuell nimmt die Suisse-Bilanz eine Stellung als Abschlusspapier ohne Planungswirkung ein, da erst gegen März ein Abschluss der Bilanz möglich ist (ab Ende Stichtagserhebung). Anders sieht es beim Import-Export-Modul aus, wo anhand des Abschlusses im Herbst ein Einbezug für die Planung der Düngung der Kulturen des Folgejahres möglich ist. Wenn das Instrument Suisse-Bilanz die Düngung besser beeinflussen soll, dann ist zwingend notwendig, dass die Bilanzwerte eines Abgeschlossenen Jahres im Zeitpunkt des Anbaus der nächsten Kulturen vorliegen. 3 Monate (Tierbestand ab Mitte Januar verfügbar vs. Tierbestand Ende September z.B. mit Herbsterhebung verfügbar) hat bezüglich Düngung eine Verzugswirkung von einem ganzen Anbaujahr.
Art. 36, Abs. 1bis Tierzahl und Bemessungsperiode für Beitrag für längere Nutzungsdauer von Kühen	<p>Die Förderung der Nutzungsdauer von Kühen ist zu begründen.</p> <p>Die Formulierung ist zu verbessern, sodass klar wird, dass die Berechnung nicht auf den in diesen drei Jahren "auf dem Betrieb" geschlachteten Tiere beruht, sondern auf den in diesen drei Jahren gehaltenen Kühe basiert, welche per Ende Periode den TVD-Status "Abgang zur Schlachtung" eingetragen haben.</p> <p>Vorschlag Art. 36, Abs. 1bis: Für die Bestimmung der Nutzungsdauer nach Art. 77 ist der Kuhbestand von drei abgeschlossenen Bemessungsperioden nach Art. 36 massgebend.</p>	<p>Der Verordnungstext muss in Art. 77 klar zum Ausdruck bringen</p> <ul style="list-style-type: none"> a) wer Beitragsempfänger ist b) für welche Tiere Beiträge ausgerichtet werden c) wie der Begriff "geschlachtete Kühe" im Kontext zu verstehen ist. <p>Der Tierbestand und damit auch die Bemessungsperiode für den Beitrag für längere Nutzungsdauer muss auf Art. 36 und nicht auf ein Kalenderjahr bezogen werden. Wie zu Artikel 36 gefordert soll die Bemessungsperiode für alle Tiere entsprechend dem den aktuell gültigen Vorgaben an das Import-Export-Modul der Suisse-Bilanz festgelegt werden.</p> <p>Wir gehen davon aus, dass jeder Betrieb dieses Förderprogramm anmeldet und die Beiträge, welche aufgrund der TVD-Daten ermittelt werden erhalten will. Auch Kleinbetriebe</p>

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
		<p>ohne Schlachtung in einzelnen Jahren werden sich anmelden und die Reduktionswirkung kann so nicht kommuniziert werden.</p>
<p>Art. 55, Abs. 1, Bst. q</p>	<p>Der bisherige Blühstreifen für Bestäuber muss Teil der BFF bleiben. Aktuell besteht keine Alternative für eine BFF, welche im Rahmen einer Fruchtfolge integriert angelegt werden kann mit Nachbaumöglichkeit einer Herbstkultur nach einem Jahr.</p>	<p>Blühstreifen muss als Bst. q belassen werden und Getreide in weiter Saat als eigenständige BFF aufnehmen</p>
<p>68, Abs. 1</p>	<p>Abs. 1 ist zu erweitern um Bst. c. Andere Kulturen zur Dreschernte</p>	<p>Die Beiträge für den Verzicht auf Pflanzenschutzmittel sollte für alle gedroschenen Kulturen möglich sein.</p> <p>Neue Kulturen und Nischenkulturen sollten nicht durch die abschliessende Liste in Art. 68, Abs. 1 ausgeschlossen werden.</p> <p>Mit dieser Ergänzung würde auch z.B.: Hirse, Körnersorghum, Quinoa, ... eingeschlossen.</p>
<p>68, Abs. 5</p>	<p>Anpassen: Die Anforderung nach Absatz 3 kann für jede zusammenhängende Hauptkulturfläche einzeln erfüllt werden.</p>	<p>Der unterschiedlichen Boden- und Anbauverhältnisse der Bewirtschaftungspartellen werden den Einstieg bei einem gesamtbetrieblichen Ansatz erschweren bzw. verunmöglichen.</p> <p>Landwirtschaftsbetriebe haben unterschiedliche Bewirtschaftungspartellen. Diese müssen nicht kilometerweit voneinander entfernt sein, um eine ganz andere Ausgangslage zu haben bezüglich Exposition, Ausrichtung, Boden und Bodenstruktur, Sonneneinstrahlung, Windexposition, usw. All diese biotischen und abiotischen Faktoren haben einen enormen Einfluss auf das Potential einer einzelnen Bewirtschaftungspartelle. Jeder Landwirt kennt seine Bewirtschaftungspartelle.</p>

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
		<p>len am besten und muss situativ über die Anbaumassnahmen entscheiden können. So kann es im einen Jahr z.B. Sinn machen, bei drei verschiedenen Rübenparzellen nur auf einer "das volle PSM-Verzichtsprogramm" zu fahren; dies, wenn z.B. die anderen zwei Schläge kritische Standorte für Verunkrautung sind oder zur Vernässung neigen, oder diese von der Lage her mit immer etwa einer Woche Entwicklungsrückstand nicht für dieselbe Kulturführung geeignet sind.</p> <p>Die Möglichkeit der schlagspezifischen Meldung ist auch für die Erprobung von auf dem Betrieb noch nicht angebaute Kulturen oder auch von neuen Kulturen/Nischenkulturen/Spezialkulturen. Die Kulturführung muss erprobt werden, das Wissen und die Erfahrung muss im Anbau am jeweiligen Standort selber gesammelt werden.</p>
68, Abs. 5	<p>Eventualantrag:</p> <p>Die Anforderungen nach Absatz 3 ist pro Hauptkultur auf dem Betrieb gesamthaft zu erfüllen. Abmeldungen von einzelnen zusammenhängenden Kulturflächen (Schlägen) ist bis spätestens am 1. Juni zulässig.</p>	<p>Der Eventualantrag entspricht einer Kombination aus der für den Bewirtschafter wichtigen Möglichkeit der standortspezifischen PSM-Reduktion mit einer für den Vollzug wichtigen Anforderung, dass eine Fördermassnahme ab einem bestimmten Datum kontrollierbar sein muss.</p> <p>Termin bis 1. Juni deckt sich mit Termin LBV für Hauptkultur.</p> <p>Im Anschluss an den 1. Juni müsste die gesamte Hauptkultur auf dem Betrieb abgemeldet werden</p>
Art. 71b Nützlingsstreifen	Der Nützlingsstreifen muss zwingend den BFF in Art. 55 zugeordnet werden und nicht als eigenständige Massnahme eingeführt werden.	<p>Der Nützlingsstreifen ist ganz klar den Biodiversitätsförderflächen zuzuordnen</p> <p>Jede unnötige Erhöhung der Komplexität des Systems muss vermieden werden.</p>

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
		<p>Es kann nicht sein, dass die Nützlingsstreifen in der "Wegleitung Biodiversitätsförderung auf dem Landwirtschaftsbetrieb" nicht oder nicht bei den BFF erscheinen würden, im Kulturenkatalog bei BFF nicht markiert wären, in Acontrol eine eigene Rubrik in einem BFF-fremden Kontrollbereich darstellen würden und dabei in den Kantonen (im Vollzug, in den Agrarinformationssystemen und auch in der Beratung) immer wieder Zusatzaufwand aufgrund der nicht logischen Einordnung verursachen.</p>
<p>Art. 71c Humusbilanz</p>	<p>Einführung zurückstellen.</p> <p>Förderprogramm darf nicht auf einem Pilottool eingeführt werden; zuerst muss ein für diese Fördermassnahme taugliches, auch in der breiten Praxis einsetzbares, Tool erstellt und getestet werden.</p> <p>Der zu erfassende Datenumfang würde mit der vorgeschlagenen Einführung massiv gesteigert. Die Humusbilanz umfasst Daten, welche kaum plausibilisierbar sind oder im Ermessen des Erfassers stehen; darauf basierend Beiträge auszurichten ist problematisch. Die Vollzugsstellen müssten massiv aufgestockt werden, wenn diese Massnahme umgesetzt werden sollte.</p> <p>Die Humusbilanz basiert auf Kenntnis der Düngung (kulturschlag-spezifisch), der schlagspezifischen Zwischenkulturen und der angebauten Hauptkulturen sowie der Bodeninformationen. Aktuell werden diese Daten noch nicht alle erfasst und die aktuellen Agrarinformationssysteme sind noch nicht gerüstet für solche Aufgaben. Voraussetzung sind nicht nur optimale Datenservices, sondern auch die Möglichkeiten jederzeit die Daten den effektiven Verhältnissen anzupassen.</p>	<p>Die Erfahrungen des Kantons Solothurn aus dem Pilotprojekt RP Humus zeigen klar, dass die Arbeit mit dem Pilottool nicht die Basis für ein Förderprogramm geeignet ist. Bisher wurde keine Weiterentwicklung hin zu einem Tool für die breite Praxis initiiert.</p> <p>Die Humusbilanz ist geeignet, dem Betrieb eine gute Standortbestimmung über die Bodenfruchtbarkeit zu geben, aber nicht um Flächenbeiträge auszurichten.</p> <p>Im Pilotprojekt zeigt sich, dass die Dateneingabe durch die Betriebe im Humusbilanztool qualitativ nicht durchwegs brauchbar sind und im Abgleich mit den Hauptkulturen des Agrarinformationssystems einen riesigen Bereinigungsbedarf bedingen. Ungenauigkeiten können im Pilotprojekt deshalb geduldet werden, da A) nicht nach Ergebnis Beiträge ausbezahlt werden und B) da wir die Kapazitäten nicht haben um dies zu korrigieren.</p> <p>Plausibilisierung anhand der Daten im Agrarinformationssystem ist nur grob möglich, da beispielsweise keine Angaben zu Zwischenkulturen verfügbar sind. Auch die org. Dünger können nicht plausibilisiert werden, da die Datenbasis fehlt und der Aufwand viel zu gross ist. Bereits bei 200 Humusbilanzen ist der Aufwand massiv. Ohne zusätzliche Kapazitäten kann ein Förderprogramm Humusbilanz auf breiter Basis nicht bewältigt werden.</p>

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 71c, Abs. 2, Bst. a	Die Einstiegsschwelle von 3ha offener Ackerfläche muss deutlich erhöht werden.	<p>Jeder Betrieb mit minimalem Ackerbau, welcher allenfalls zu 100% durch Lohnunternehmer erfolgt, wird diese Beiträge erwirken wollen.</p> <p>Bei 3 ha offener Ackerfläche und 5-jähriger Fruchtfolge mit Kunstwiese werden 15ha Fläche beitragswirksam, sofern nur die notwendigen Daten erfasst werden; unabhängig vom Anbau. Es handelt sich mehr um eine Datenerfassungsförderung als um ein Humus-Förderprogramm.</p> <p>Hinweis zur Einstiegsschwelle von 3 ha OA: Im Pilotprojekt Solothurn wurden nur Betriebe mit wenig Vieh und einer Ackerfläche von 4.5 ha zugelassen. Der Flächenwert musste tief gehalten werden, um genügen Betriebe mit wenig Vieh zuzulassen. Die im DZV-Entwurf vorgesehene Limite von 3ha (im einzelnen Bewirtschaftungsjahr) wird automatisch auch viele Betriebe abdecken, die viel Kunstwiese und kaum Ackerfläche haben. Grundsätzlich müsste eine Fördermassnahme Humusbilanz an eine Fruchtfolge gebunden sein, welche auch besondere Massnahmen zur Humusförderung zulässt. Eigentliche Grünlandbetriebe mit Wiesenerneuerungen (einzelne Jahre mit offener Ackerfläche) erachten wir als weniger förderungswürdig.</p>
Art. 71c Abs. 1, Bst. a	Streichen Die Festlegung eines Schwellwertes (3/4 der Ackerfläche mit Anteil von weniger als 10% Humus) kann nicht auf vom Betrieb selber gestochenen Bodenproben, basierend auf einer Fühlprobe, welche 10-jährig sein kann, abgestützt werden.	
Art. 71c Abs. 1 Bst. c	Das Instrument (Humusbilanz-Rechner) muss zwingend einer grundsätzlichen Analyse unterzogen werden und die Eignung des bestehenden Instrumentes als Basis für ein Beitragsprogramm muss zwingend überprüft werden.	Wir müssen davon ausgehen, dass der Informationsaustausch zwischen den Humusbilanz-Entwicklern bei Agroscope und den Beitrags-Massnahmenentwicklern beim BLW nicht erfolgt ist.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 71c Ziff. 3 Humusbilanz Zusatzbeitrag	Streichen	<p>Die wissenschaftlichen Grundlagen für das vorgegebene Ton-Humus-Verhältnis beruhen auf Arbeiten, die ausgewählte Böden (lehmige, senkrecht durchwaschene Braunerden) des westlichen Mittellandes auf Moräne/Molasse berücksichtigen. Die Situation bei leichteren (sandigeren) und schwereren (tonigeren) sowie bei grund- und stauwassergeprägten Böden und bei Böden in anderen Regionen der Schweiz ist noch ungenügend oder gar nicht untersucht. Dies betrifft auch die Ackerböden im Kanton Solothurn, die durch die bestehenden Untersuchungen kaum repräsentiert sind. Diese sehr unvollständige Datenlage kann unseres Erachtens nicht als Beurteilungsgrundlage für Zusatzbeiträge für alle Ackerböden der Schweiz beigezogen werden.</p> <p>Das Kriterium für diese Zusatzbeiträge ist das Verhältnis zwischen Ton und Humus. Der Humusgehalt unterliegt im zeitlichen Verlauf bewirtschaftungsbedingten Veränderungen. Zur sicheren Bestimmung des Verhältnisses sind einmalige Laboranalysen des Tongehaltes und regelmässige, zuverlässige Analysen des Humusgehaltes der verschiedenen Schläge zwingend. Die für den ÖLN geforderten Analysen nach Anhang 1 Ziffer 2.2 DZV (s. auch Erläuternder Bericht S. 19) genügen diesen Anforderungen nicht. Weitere Vorgaben zur Analytik fehlen.</p> <p>Die Werte können in den verschiedenen Bewirtschaftungseinheiten eines Betriebes stark variieren. Auch dieser Aspekt wird nicht berücksichtigt.</p> <p>Aus diesen Gründen kommen wir zum Schluss, dass die fachliche Grundlage zur Ausrichtung von Zusatzbeiträgen, basierend auf den Ergebnissen der Humusbilanz, ungenügend und zu wenig durchdacht ist, die Ausrichtung von Zusatzbeiträgen daher nicht vertretbar ist.</p>

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 71c Ziff. 3, Bst. a, Ziff. 2 Humusbilanz Zusatzbeitrag	streichen Ausschluss bei Flächenbilanz von über 800kg/ha bzw. unter -400 kg/ha ist nicht haltbar	<p>Bewirtschafter, die stark auf organische Düngung setzen, erreichen sehr schnelle Humusbilanzen von > 800 kg/ha (im Solothurner Pilotprojekt RP Humus rund 35% im Jahr 2020). Bewirtschafter dürfen durch den Einsatz organischer Dünger nicht abgestraft werden.</p> <p>Die Humusbilanzen zeigen, dass die Wirkung der organischen Dünger überschätzt wird. Die hinterlegten Düngewerte wurden bislang nicht wissenschaftlich geprüft (z.B. durch Agroscope). Eine Prüfung der Werte und anschließende Korrektur ist unerlässlich. Eine Auszahlung von DZ anhand falscher Werte muss vermieden werden.</p>
Art. 71e Abs. 2 Bst. c Bodenschonender Anbau	Anpassen: Die Mindestfläche in Prozent der Ackerfläche ist anzupassen auf: c. die zum Beitrag berechtigte Fläche mindesten 3 Hektar beträgt.	<p>Für den Vollzug ist eine Mindestfläche von 3ha je Betrieb weit einfacher umzusetzen als ein Prozentanteil der Ackerfläche (also inkl. KW.) Ein Prozentkriterium variiert mit jeder Flächenveränderung. Die Übernahme einer Ackerkulturfläche im Frühling kann zum Verlust des Beitrages führen. Die Massnahme muss für den Betrieb verständlich und Berechenbar bleiben.</p>
Art. 71f Abs. 2 Stickstoffbilanz 90%	Streichen und ersetzen durch: Er wird ausgerichtet, wenn auf dem Betrieb nachweislich Massnahmen für eine effizienten N-Düngung angewendet werden. Von allen Betrieben, welche von der Bilanzberechnung befreit sind, nun für diesen Nachweis wiederum eine Bilanzberechnung verlangen ist administrativ nicht vertretbar.	<p>Wir befürworten grundsätzlich einen Förderbeitrag für die effiziente Nutzung von Stickstoff. Doch garantiert die momentane Version der Suisse Bilanz nicht, dass die Erreichung von 90% des Bedarfs an Stickstoff tatsächlich einer effizienten Stickstoffnutzung entspricht. Auch wenn die 90% erreicht werden, wird durch die tiefe Anrechenbarkeit von organischen Hofdüngern zu viel Stickstoff ausgebracht und in die Umwelt eingetragen. Wir sehen deshalb davon ab, Klimabeiträge an die Suisse Bilanz zu koppeln.</p>

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
		<p>Es sollen Anreize geschaffen werden, für den effizienten Einsatz von N-Düngern; schlagspezifische Düngung, sensorbasierte Düngung, Nmin, korrigierte Düngungsnorm etc. Mit Hilfe dieser Techniken sollen die Dünger, unabhängig ihrer Form, möglichst effizient eingesetzt werden. Es braucht somit keine Bevorzugung von organischen Düngern, sondern eine Förderung der jeweils besten Technik für den jeweiligen Dünger/Boden/Kultur/Jahreszeit etc.</p> <p>Hinweis: Der Nachweis für Betriebe, welche von einer Bilanzberechnung befreit sind, führt dazu, dass wiederum alle Betriebe eine Bilanz rechnen (lassen) müssen. Administrativ ist dies nicht vertretbar.</p>
Art. 71g-71j	<p>Die Ablösung des Förderprogramms GMF wird begrüsst.</p> <p>Für den Betrieb sind die vorgesehenen Vorgaben verständlich und der Betrieb hat mehr Bewegungsfreiheit innerhalb der gesetzten Vorgaben.</p> <p>Wir begrüssen, dass mit diesem Vorschlag der Verzicht auf eine Futterbilanz möglich ist. Diese gefährdet somit die administrative Vereinfachung des Schnelltests der Suisse-Bilanz nicht.</p>	<p>Die Kontrolle der zugekauften Futtermittel bleibt schwierig, kann aber auf die im Moment vor Ort gelagerten Futtermittel bezogen werden.</p> <p>Hinweis: die komplexe Regelung der Nebenprodukte im Vernehmlassungsentwurf muss besser formuliert werden.</p>
Art. 71h	<p>Besser formulieren, damit klar ist, dass jedes einzelne Futtermittel den Stufenwert an Rohprotein nicht überschreiten darf.</p>	<p>Der vorgeschlagene Verordnungstext lässt die Interpretation offen, dass die zugeführten Futtermittel in der Summe den Stufenwert an Rohprotein nicht überschreiten dürfen.</p>
Art. 71g-71j	<p>Einsatz von Futterharnstoff und pansengeschützten Aminosäuren in Stufe 1 muss überprüft werden</p>	<p>Eine ausgeglichene Fütterung ist insbesondere bei Milchkühen effizient und ressourcenschonend. Die Nährstoffe aus dem Grundfutter sind häufig im Pansen nicht synchron zueinander abgestimmt. Wird die Futtermittelfütterung nicht ausgeglichen,</p>

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
		<p>drohen unnötige Verluste und folglich steigt die Umweltbelastung. Ein Beitrag für die Begrenzung der Rohproteinzufuhr ist aus den folgenden beiden Gründen eher kontraproduktiv oder müsste ergänzt werden:</p> <p>Weidegras oder Heu im Frühjahr hat häufig zu wenig pansenverfügbares Rohprotein. Ein Ausgleich mit Futterharnstoff ist auf vielen Betrieben das Mittel der Wahl und der Umbau von Ammoniak in tierisches Protein sehr effizient. Fazit: Der Zukauf von Futterharnstoff müsste mindestens auf Stufe 1 (<18% RP) weiterhin möglich sein.</p> <p>Die Zufuhr von pansengeschützten Aminosäuren (Methionin, Lysin) führt nachweislich zu tieferen N-Ausscheidungen und zu einer verbesserten N-Effizienz. Mit pansengeschützten Aminosäuren kann der Rohproteinanteil in der Gesamtration reduziert werden. Obwohl pansengeschützte Aminosäuren RP-Gehalte von über 30% aufweisen, müsste der Zukauf auf Stufe 1 aus den erwähnten Gründen weiterhin möglich sein.</p>
Art. 75a Weidebeitrag	Die Einführung des RAUS-Weidebeitrags mit hohem Weideanteil wird begrüsst.	
Art. 75a, Abs. 4	Anpassung der Koppelung an eine Teilnahme am RAUS für alle Rindviehtiere sodass die Tiere bis 160 Tage davon ausgenommen sind. Die Koppelung muss auf Art 73 Buchstabe a ohne die Ziffern 5 und 9 angepasst bzw. auf "wenn allen Tieren ab 160 Tagen der Tierkategorien nach Artikel 73 Buchstabe a ..." angepasst werden.	Im Jura mit starken Schneeverfrachtungen und besonderen Windverhältnissen im Winter ist der zwingende Auslauf auch für Tiere bis 160 Tagen ein Problem. Bauliche Anpassungen mit permanenten Ausläufen ist auf Berghöfen schwierig oder schlicht standortbedingt nicht möglich und würde im Widerspruch zum Tierwohl stehen.
Art. 77 Beitrag für längere Nutzungsdauer von Kühen	Die Förderung der Nutzungsdauer von Kühen ist zu begrüssen. Die Daten für diese Massnahme müssen vollumfänglich	Die Förderung der Nutzungsdauer von Kühen ist zu begrüssen.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
	aus den TVD-Daten ermittelt werden können.	Wir gehen davon aus, dass jeder Betrieb für dieses Förderprogramm als angemeldet gilt und die Beiträge, welche aufgrund der TVD-Daten ermittelt werden, erhalten kann.
Art. 77 Beitrag für längere Nutzungsdauer von Kühen	Diese Fördermassnahme muss ohne Voranmeldung durch den Betrieb möglich sein: DZV Art. 97 Ziffer 3 so anpassen, dass: Die Kantone können für die Anmeldungen nach Absatz 1 spätere Anmelde-termine festlegen <u>oder auf eine Anmeldung verzichten</u> , wenn ...	Eine Voranmeldung für diese Massnahme, welche erst Ende Saison anhand der TVD-Datenlieferung für den Bewirtschafter erkenntlich wird, muss vermieden werden.
Art. 77 Beitrag für längere Nutzungsdauer von Kühen	Die Formulierung ist bezüglich der Abstufung "anhand der Anzahl Abkalbungen der geschlachteten Kühe des Betriebes" nicht klar; dies, weil die geschlachteten Kühe ja Tiere eines Betriebes vom Typ "Schlachthof" sind. Vorschlag: 1 Der Beitrag für die längere Nutzungsdauer von Kühen wird pro GVE für Kühe entsprechend dem massgebenden Tierbestand gemäss DZV Art. 36 & 37 ausgerichtet. 2 Der Beitrag wird abgestuft nach dem für den Betrieb berechneten Wert der durchschnittlichen Anzahl Abkalbungen. 3 Massgebend für die Berechnung der Anzahl Abkalbungen sind die in den drei Vorjahren auf dem Betrieb gehaltenen Kühe, die innerhalb dieser Periode den TVD-Status "Abgang zur Schlachtung" eingetragen haben. 4 Der Beitrag wird ausgerichtet ab durchschnittlich:	Der Verordnungstext muss klar zum Ausdruck bringen a) wer Beitragsempfänger ist b) für welche Tiere Beiträge ausgerichtet werden c) wie der Begriff "geschlachtete Kühe" im Kontext zu verstehen ist. Es ist nicht verständlich, ob Milchviehbetriebe, welche ihre Kühe nicht selber zur Schlachtung bringen, sondern einem Ausmastbetrieb zuhalten, die Förderbeiträge erhalten oder ob ein Teil der Förderwirkung entfällt. Der Umgang mit Betrieben, welche Milchkühe zur Ausmast zukaufen und zur Schlachtung bringen, muss geklärt werden. Der Statuswechsel von "Milchkuh" zu "anderer Kuh" erfolgt nicht immer ganz zuverlässig.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
	a. drei Abkalbungen pro Milchkuh der geschlachteten Milchkühe in den vorangehenden drei Kalenderjahren; b. vier Abkalbungen pro andere Kuh der geschlachteten anderen Kühe in den vorangehenden drei Kalenderjahren.	
Art. 77 Beitrag für längere Nutzungsdauer von Kühen	Eventualantrag: Bei den Milchkühen ist die Lebensstagesleistung die effizientere Massnahme zur Reduktion der Methanemissionen. Ein Förderprogramm ausgerichtet auf grosse Milchwirtschaftsbetriebe basierend auf der Lebensstagesleistung wäre ein besserer Anreiz hin zu Veränderungen als das Abgelten von in der TVD realisierten Datenfakten.	Bei den Milchkühen wäre die Lebensstagesleistung die effizientere Massnahme zur Reduktion der Methanemissionen. Mit der Lebensstagesleistung würde im Gegensatz zu den Anzahl Abkalbungen die unproduktiven Phasen (Aufzucht, Krankheiten, Zwischenkalbezeiten, Galtphasen etc.) stärker gewichtet. Die Lebensstagesleistung ist stark korreliert mit dem Alter der Kuh. Ein auf der Lebensstagesleistung basierendes Förderprogramm wäre aus unserer Sicht wirkungsvoller. Die Lebensstagesleistung kann anhand der TVD-Daten (Alterstage des Bestandes) und der eingelieferten Milchmenge (aus DB Milch) berechnet werden. Ein Mindestbestand an Milchkühen für dieses Förderprogramm müsste geprüft werden.
Art. 82 Abs. 6 Beitrag präzise Applikationstechnik	Wir begrüssen diese Massnahme ausdrücklich. Eine Erweiterung und langfristige Implementierung der Fördermassnahme "präzise Applikationstechnik" mit Balken mit Luftzufuhr oder auch driftreduzierender Düsen würde die Entwicklung unterstützen.	Die Verlängerung dieser Beiträge bis 2024 ist zielführend. Förderprogramme sollten nicht jene unterstützen, welche mit Anpassungen und Innovationen zuwarten, bis der Bund Geldmittel spricht. Mit einer längerfristigen Implementierung könnte auch diejenigen Betriebe profitieren, welche bereits präzise Applikationstechnik haben und diese schon bald erneuern müssen.
Anhang 1, Ziff. 6.1a.3	Neuregelung wird begrüsst	Die neuen Regeln werden als praktikabel beurteilt: Reduktion Abdrift grundsätzlich mindestens 1 Punkt wie auch die Vorgabe 1 Punkt bei Abschwemmung nur auf relevanten Parzellen mit 2% Neigung.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Anhang 1, Ziff. 6.2.1	Neuregelung wird begrüsst	Verschiebung des Applikationsverbotes auf den 15. November sowie die entfallende Regelung betreffend Getreide Vorauflauf/Nachauflauf bis 10.10 wird begrüsst.
Anhang 1, Ziff. 6.3	<p>System Sonderbewilligung muss grundsätzlich überdacht werden.</p> <p>Einerseits darf für die Bewirtschafter die Komplexität bezüglich Pflanzenschutzmitteleinsatz nicht zunehmen. Nur wenn die PSM-Einschränkungen übersichtlich sind, werden diese in der Praxis ohne grossen Umsetzungsaufwand Eingang finden.</p> <p>Andererseits müssen bezüglich dem Erteilen von Sonderbewilligungen für die zuständigen Fachstellen der Kantone bewältigbare Prozesse ermöglicht werden. Da Schädlinge und Krankheiten nicht an Kantonsgrenzen halt machen müssen nationale, regionale und lokale Bewilligungen auch interkantonal koordiniert möglich sein und <u>auf interkantonal abgestimmten Beurteilungskriterien basieren</u>. Auch bezüglich Gültigkeit (Zeitfenster) muss Klarheit und Einfachheit bestehen. Jede (zeitliche) Einschränkung bei den zuständigen Stellen für Sonderbewilligungen bezüglich dem Einschätzung der Bekämpfungsschwellen in den Anbaugebieten führt zu Sonderbewilligungen, welche auf Feldkontrollen der Bewirtschafter basieren, was die Wirkung der Massnahme "Sonderbewilligung" reduziert.</p> <p>Drittens muss auch der Umgang mit neuen Prognosemodellen in die Sonderbewilligungsprozesse einbezogen werden.</p> <p>Viertens: Auch Betreiber ohne ÖLN setzen allenfalls eigentlich "sonderbewilligungspflichtige PSM" ein. Je nachdem,</p>	Je praktikabler die Vorgaben und die Information für den Bewirtschafter ist, umso mehr kann eine Reduktionsstrategie unterstützt werden. Je grösser die Abhängigkeit zu Beratung, Lohnunternehmen und PSM-Handel wird, umso mehr wird nicht die Strategie des Bewirtschafters, sondern die PSM-Strategie eines anderen Entscheidungsträgers gefahren. Solche Strategien können aber auch Vorteile haben, wenn gute Prognosemodelle eingebunden sind. Genau deshalb müssen für die Sonderbewilligungen gute Umsetzungsprozesse aufgestellt werden, welche an den Kantonsgrenzen nicht zwingend Halt machen sollten.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
	<p>wie diese Betriebe ihren PSM-Einsatz melden und begründen müssen, hat dies Auswirkungen auf die Sonderbewilligungsprozesse.</p>	
<p>Anhang 1, Ziff. 6.3</p>	<p>Problematik der Verlagerungseffekte und Resistenzbildung müssen gut beobachtet werden.</p>	<p>Extreme Einschränkung im Rapsanbau im Bereich der Herbizidauswahl, bei Verzicht auf Metazachlor und Dimethachlor vermehrter Einsatz der Wirkstoffe Dimethenamin-P und Quinmerac (Agroscope Studie Rang 10 und 11 im Grundwasser). Gefahr, dass das Problem in ein paar Jahren auf andere Wirkstoffe verlagert wird und diese Wirkstoffe oder Metaboliten als Rückstände vermehrt auftreten und Metazachlor und Dimethachlor in der Rangliste überholen werden. Durch Einschränkung von verfügbaren Wirkstoffen drohen eine erhöhte Resistenzgefahr sowie Wirkungslücken. Im Mais vermehrter Einsatz von Pentoxamid (Studie Rang 7 Grundwasser) und Tritosulfuron (Rang 14).</p> <p>Pyrethroidverbot führt zu massiver Zunahme von Sonderbewilligungen in diversen Hauptkulturen (Raps, Zuckerrüben, Eiweisserbsen, div. Gemüse, Spargeln usw.). Einsatz aller Pyrethroide würde in alleiniger Verantwortung der kantonalen Pflanzenschutzfachstelle liegen.</p>
<p>Anhang 1, Ziffer 2.1.8</p>	<p>Antrag: Phosphorbilanz soll über 3 Jahre gerechnet werden können.</p>	<p>Bezüglich Phosphor sollte mit der Aufhebung des Fehlerbereichs von 10% die P-Bilanz über 3 Jahre gerechnet werden können. Damit können Betriebe Schwankungen ausgleichen, der P-Versorgung der Tiere Beachtung schenken und P-Düngungen in optimale Zeitfenster (wenig Oberflächenabtrag, Einarbeiten von P-Dünger bei guten Verhältnissen) gelegt werden.</p>
<p>Anhang 1, Ziff. 2.1.4</p>	<p>Antrag: streichen</p>	<p>Wenn der Fehlerbereich der Suisse-Bilanz wegfällt muss An-</p>

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
		hang 1, Ziffer 2.1.4 (100%-Bilanz bei gewissen bewilligungspflichtigen Bauten) gestrichen werden.
Anhang 1, Ziffer 2.1.5	Antrag: anpassen	Wenn der Fehlerbereich der Suisse-Bilanz wegfällt muss Anhang 1, Ziffer 2.1.5 (Kantonale Regelungen für bestimmte Gebiete) korrekt formuliert werden.
Anhang 1, Ziff. 2.1.7	Regelung der Möglichkeit für Kantone in bestimmten Gebieten und für bestimmte Betriebe strengere Regeln vorzusehen, kann mit einer gesamtbetrieblichen Nährstoffbilanz gar nicht zielführend angewendet werden. Zudem geben ÖLN-Gemeinschaften weiteren Spielraum um allfällige "strengere Regeln" für sensible Gebiete wirkungslos zu machen.	<p>Die Thematik „Umgang mit Flächen in besonders sensiblen Gebieten“ im Kontext der gesamtbetrieblichen Nährstoffbilanz muss auf neue Beine gestellt werden.</p> <p>Hat ein Betrieb Flächen in Gebieten, wo die N-Überschüsse zwingend reduziert werden müssen, dann besteht das Problem, dass eine gesamtbetriebliche Bilanz nur zielführend ist, wenn nicht Transfers von wenig sensiblen Gebieten hin zu sensiblen Gebiete stattfinden. Von einer Doppelregelung mit einer Kombination von gesamtbetrieblichen Anforderungen mit Einzelschlagvorgaben für den gesamten Betrieb ist möglichst abzusehen. Ein „kontrolliertes Nährstoffsplitting“ (wie früher bei mehreren Produktionsstätten), welches direkt in der Bilanz abgehandelt werden kann, müsste in Betracht gezogen werden.</p>
Anhang 1, Ziff. 2.1.7	In Zusammenhang mit der Möglichkeit für Kantone in bestimmten Gebieten und für bestimmte Betriebe strengere Regeln vorzusehen, ist eine Ergänzung der Förderprogramme mit einer Massnahme für die nitratreduzierte Bewirtschaftung in Zuströmbereichen einzuführen. In Zuströmbereichen sind auf der LN spezifische Massnahmen zu fördern, um die Nitrat Auswaschung ins Grundwasser zu reduzieren.	<p>Die "nitratarme" Bewirtschaftung in Zuströmbereichen wird in der DZV nirgends aufgegriffen. Damit die gesetzlichen Anforderungswerte im Grundwasser eingehalten werden können, muss die Bewirtschaftung in Zuströmbereichen mit Ausrichtung auf minimale Nitrat-Auswaschung erfolgen.</p> <p>Wir schlagen vor, konkrete Massnahmen zu verankern. Beispiele hierfür sind z.B. die Winterbegrünung, Anbau von Sommergetreide, das Düngen nach Berücksichtigung des bereits im Boden vorhandenen Stickstoffs, etc.</p>

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
		<p>Die in Deutschland geltenden Auflagen der roten Gebietskulisse sind dabei in das Massnahmensetz aufzunehmen.</p> <p>Für die Umsetzung dieser Massnahmen sollen Beiträge für die Flächen im sensiblen Gebiet ausbezahlt werden.</p>
<p>Anhang 4 Ziff. 17</p>	<p>Der bisherige Blühstreifen für Bestäuber muss Teil der BFF bleiben. Aktuell besteht keine Alternative für eine BFF, welche im Rahmen einer Fruchtfolge integriert angelegt werden kann mit Nachbaumöglichkeit einer Herbstkultur nach einem Jahr.</p>	<p>Das Getreide in weiter Saat darf nicht Ersatz für die Blühstreifen sein; diese haben ihre Berechtigung.</p>
<p>Anhang 4 Ziff. 17.1.1.</p>	<p>Anpassen:</p> <p>Die Getreideaussaat erfolgt alternierend mit ungesäten und gesäten Reihen. Der Abstand der Reihen in ungesäten Bereichen beträgt mindestens 30 cm. Mindestens 40% der Anzahl Reihen, verteilt über die Breite der Sämaschine, müssen ungesät bleiben, die Verteilung darf variieren.</p>	<p>Es muss klar formuliert sein, damit Getreide in weiter Saat und nicht ein Streifenanbau entsteht.</p> <p>Die bei uns praktizierte Formulierung hat sich bewährt: Die Getreideaussaat erfolgt alternierend mit ungesäten und gesäten Reihen. Der Abstand der Reihen in ungesäten Bereichen beträgt mindestens 30 cm. Mindestens 40% der Anzahl Reihen, verteilt über die Breite der Sämaschine, müssen ungesät bleiben, die Verteilung darf variieren.</p>
<p>Anhang 4 Ziff. 17.1.3.</p>	<p>Formulierung ergänzen, damit Wintergetreide ab 1. Oktober auch im Herbst gestriegelt werden darf.</p> <p>Einschränkung auf 1x striegeln aufheben und in Kompetenz des Bewirtschafters übertragen.</p>	<p>Die vorgelegte Formulierung bringt Unsicherheit bezüglich einer mechanischen Unkrautregulierung bei Wintergetreide im Herbst.</p> <p>Wir empfehlen folgende Formulierung: Zwischen 1. Januar und 15. April darf der Striegel im notwendigen Umfang eingesetzt werden. Bei Wintergetreide ist striegeln ab dem 1. Oktober erlaubt.</p> <p>Die Einschränkung auf nur 1x striegeln ist zu hinterfragen. Von der Praxis her wird damit die PSM-Behandlung favorisiert. Die folgenden Punkte sprechen für das Aufheben der</p>

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
		Einschränkung auf 1x striegeln: a) ist sehr wetterabhängig und auch vom Entwicklungsstadium der Kultur abhängig b) je nachdem, wenn man im Herbst schon oder nur 1x gestriegelt hat, kann dann im Frühling sogar mehr UK auflaufen c) der Praktiker sicher nicht mehr striegeln würde, als nötig oder sinnvoll. Im Herbst striegeln oder Blindstriegeln kann auch Sinn machen, v.a. wenn Ungräser zu erwarten sind, gegen diese hat man nur mit Blindstriegeln eine Chance.
Anhang 4 Ziff. 17.1	Die Reduktion der Düngung muss in den Anforderungen explizit erwähnt werden. Für diese Kultur müssen in der Nährstoffbilanz klare Bedarfswerte eingefügt werden.	Es muss in den Anforderungen klar kommuniziert werden, dass die Düngung der erwarteten Ertragsreduktion entsprechend angepasst werden muss bzw. dass diese Getreidekulturen eigenständige Nährstoffbilanz-Werte haben.
Anhang 6, Kapitel B, Ziffer 2.4.Bst. a	... eine Weidefläche von vier Aren als Tageswert zur Verfügung gestellt werden.	Beim Rindvieh muss sichergestellt werden, dass rechnerisch die 4 Aren nicht durch mehrere Tiergruppen am gleichen Tag belegt werden dürfen. Im Gegensatz dazu soll bei den Pferden eine Mehrfachbelegung derselben Koppel pro Tag zulässig sein. Auf Stufe Weisung könnte dies aber auch limitiert werden auf 2 bis 3 Belegungen.
Anhang 7, Ziffer 5.8.1	Flächenbeitrag zu Pauschale umwandeln.	Grundbeitrag ist recht hoch. Für wenig Aufwand und grobe Eingaben (da der Kanton die Daten nicht angemessen überprüfen kann) wird ein hoher Beitrag ausgerichtet, ohne dass überhaupt Anstrengungen/Leistungen zugunsten des Bodens erbracht werden. Von einer Förderung der Datenerfassung über einen Flächenbeitrag ist abzusehen
Anhang 7, Ziffer 5.8.2	streichen	Die fachliche Grundlage zur Ausrichtung von Zusatzbeiträgen, basierend auf den Ergebnissen der Humusbilanz, ist ungenügend und zu wenig durchdacht, die Ausrichtung von

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
		Zusatzbeiträgen ist daher nicht vertretbar.
Anhang 8, Ziffer 2.1.7.	<p>Sanktionierung vernachlässigter Kulturführung und problematisch verunkrauteter Kulturen muss vollzugstauglich ausgestaltet werden.</p> <p>Vorschlag: Angepasste Erstsanktion direkt bei Feststellung einer problematischen Verunkrautung aufgrund vernachlässigter Bewirtschaftung und Folgesanktion bzw. LN-Ausschluss bei Nicht-an-die-Hand-nehmen von Sanierung oder verbesserter Kulturführung, welche dem Betrieb auferlegt wurden.</p> <p>Art. 16 LBV ist auf die Vollzugsvorgabe bezüglich problematisch verunkrauteter Parzellen anzupassen bzw. auf Weisungsstufe zu präzisieren.</p>	<p>Problematische Verunkrautungen in Ackerfläche ist Food-Waste an der Basis.</p> <p>Die vorgeschlagenen Massnahmen zum Verzicht auf Pflanzenschutzmittel wie auch das weit gesäte Getreide als neuen BFF-Flächen im Ackerbau brauchen begleitende Massnahmen im Vollzug um von Beginn weg bezüglich Inkaufnahme vernachlässigter Kulturen lenkend eingreifen zu können. Vernachlässigte Kulturen (darunter auch problematisch verunkrautete Kulturen) sind im Vollzug schwierig greifbar, da die Nachweispflicht in keiner Form dem Bewirtschafter übertragen werden kann, sondern immer bei der Vollzugsinstanz bleibt. Die aktuell geltende Vollzugsvorgabe bei problematisch verunkrauteten Parzellen, welche erst eine Frist, dann eine Nachkontrolle und schliesslich ein LN-Ausschluss in jedem Einzelfall vorsieht, ist absolut untauglich. Dies auch deshalb, da der Bewirtschafter nicht das Problem der Bewirtschaftung lösen muss, sondern das Unkraut innerhalb Frist irgendwie von der Bildfläche verschwinden muss. Taugliche Begleitmassnahmen für den Vollzug fehlen in den gemachten Verordnungsanpassungen vollständig. Diese müssen bis Ende 2022 implementiert werden.</p>
Anhang 8, Ziffer 2.2.2	Kürzung bei Bilanzüberschreitungen müssen überarbeitet werden sodass eine klare <u>Trennung zwischen Mangel bei N und Mangel bei P</u> besteht und unterschiedlich sanktioniert werden kann. Bei P, wo im System Suisse-Bilanz auch Überträge auf Folgejahre möglich sind, ist eine Bindung an das Sanktionswert bei N nicht mehr haltbar.	<p>Eine Koppelung von N und P bezüglich Bilanzvorgaben und bezüglich Kürzung ist nicht mehr zeitgemäss. Während bei N die Auswaschung und die Ammoniakwirkung entscheiden ist, stellt bei P sogar eine hohe Vorratsdüngung kein Problem dar, sofern keine oder nur minimale Abwaschung in Gewässer (durch ungeeignete Ausbringverfahren) oder durch Erosion von Feinerde in Gewässer, auf Wege und Strassen oder in Sammelschächte erfolgt.</p> <p>Entsprechend müssen die Kürzungsvorgaben für N und P</p>

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
		<p>unabhängig voneinander definiert werden.</p> <p>Bei Phosphor sieht die Suisse-Bilanz bereits Übertragungsmöglichkeiten vor (Kalkdüngungen, Kompost, Rebbau, Obstbau) und mit selber gestochenen Bodenproben können höhere Düngermengen für den Betrieb erwirkt werden. Eine gleichgelagerte Sanktionierung bei N und P ist unter den neuen Bedingungen aus unserer Sicht nicht mehr haltbar.</p>
<p>Anhang 8, Ziffer 2.2.2</p>	<p>Kürzung bei Bilanzüberschreitungen müssen überarbeitet werden sodass die <u>Kürzung eines erstmaligen Mangels</u> wie in andern Fällen limitiert werden. Die Limitierung muss von Maximalpunkten im erstmaligen Fall hin zu einem Fixbeitrag korrigiert werden.</p> <p>Zudem muss geprüft werden, ob für N und P dieselbe Erstsanktion angemessen ist.</p>	<p>Die aktuellen Kürzungsvorgaben im erstmaligen Fall ist bei der Nährstoffbilanz bei 80 Sanktionspunkten limitiert. Nach Abzug der 10 Toleranzpunkten müssen diese Sanktionspunkte durch 100 dividiert werden und mit 1000 Fr. je ha LN multipliziert werden. Bei 20ha LN ergibt dies im erstmaligen Fall eine Kürzung von Fr. 14'000.- bei 50 ha LN beträgt die Kürzung im erstmaligen Fall maximal Fr. 35'000.</p> <p>Bei gleicher Kürzungsvorgabe und einer Bilanz von 110% (bisherige ÖLN-Anforderung) muss beim 50ha Betrieb im erstmaligen Fall eine Sanktion von Fr. 20'000.- ausgesprochen werden.</p> <p>Wenn es sich bei diesem Betrieb um einen Betrieb handelt, welcher bisher aufgrund des Tierbestandes gar keine Bilanz rechnen musste und aufgrund zusätzlicher Tiere nun in die Bilanzpflicht kommt, kann eine Kürzung in diesem Umfang im erstmaligen Fall nicht vertretbar sein.</p> <p>Da N bezüglich Auswaschung ein Problem darstellt, aber P gar nicht, ist eine gleiche Sanktionierung von N und P-Überschreitungen nicht korrekt. Phosphorprobleme sind nicht reine Mengenprobleme, sondern Ausbring- und Erosionsprobleme.</p>

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Eingaben zu den weiteren Verordnungen, welche im Rahmen der Palv 19.475 zur Änderung gebracht werden		
LBV Art. 18a	Die Klärung des Begriffs "Hauptkultur" wird begrüsst	
LBV Art. 19, Ziffer 1	<p>Die Definition der Kunstwiese als Grünlandfläche innerhalb einer Fruchtfolge ist in LBV Art. 18 definiert. Die Definition der Dauergrünflächen in Art. 19, Ziffer 1 muss angepasst werden damit auch Grünland, welches nicht in einer Fruchtfolge ist als Dauergrünland gilt.</p> <p>Vorschlag: Als Dauergrünfläche gilt die mit Gräsern und Kräutern bewachsene Fläche ausserhalb der Sömmerungsflächen (Art. 24). Sie umfasst alle Grünlandflächen, welche nicht in einer Fruchtfolge sind. Grünlandflächen welche seit mehr als sechs Jahren als Dauerwiese oder als Dauerweide bewirtschaftet werden gelten immer als Dauergrünfläche.</p>	<p>Die nicht auf die Kunstwiesendefinition abgestimmte Definition der Dauergrünfläche in der LBV muss korrigiert werden.</p> <p>Aus alten Zeiten besteht eine Vorgabe, dass über 6-jährige Grünflächen immer als Dauergrünland gelten. Dies wurde damals in Anlehnung an die 6-jährigen Buntbracheflächen definiert, da diese ja auch während 6 Jahren ohne Umbruch als (offene) Ackerfläche gelten. Mit Einführung der Versorgungssicherheitsbeiträge, welche für Kunstwiesen keinen Mindesttierbesatz verlangen, wurde die Definition der Kunstwiese auf "innerhalb einer Fruchtfolge" festgelegt, was für die DZV-Massnahmen aus unserer Sicht die korrekte Definition ist.</p> <p>Die Definition des Dauergrünlands muss entsprechend korrigiert werden.</p>

BR 02 Verordnung über Informationssysteme im Bereich der Landwirtschaft / Ordonnance sur les systèmes d'information dans le domaine de l'agriculture / Ordinanza sui sistemi d'informazione nel campo dell'agricoltura (919.117.71)

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

IS NSM und IS PSM müssen aus unserer Sicht an die Hand genommen werden. Die einzelnen Schritte und Teilmodule müssen aber gut geplant sein und für alle Akteure müssen die Umsetzungsschritte klar und planbar sein. Nicht nur die Informatiklösung sondern auch Beratung und Vollzug müssen die entsprechende Entwicklung mitbegleiten.

Wir sprechen uns im jetzigen Zeitpunkt gegen eine umfassende Erweiterung der Agrarinformationssysteme zur Alimentierung eines Ammoniakrechners bzw. einer Humusbilanz auf Betriebsstufe aus. Die aktuell verfügbaren Agrardaten, zukünftig durch Daten aus IS NSM und IS PSM ergänzt, müssen aktuell für die Förderinstrumente genügen. Jede Erweiterung des Datenbestandes verursacht grossen Umsetzungsaufwand bei den Kantonen. Die Komplexität darf nicht zunehmen, sondern muss reduziert werden.

Das Once-Only-Prinzip, gemäss E-Government-Strategie 2020-2023 der Schweiz, ist bezüglich der Datenerfassung landwirtschaftlicher Kulturen und Kulturmassnahmen eine zwingende Vorgabe, welche insbesondere in die Entwicklungsplanung der neuen Systeme IS PSM und IS NSM als Vorgabe aufzunehmen ist. Die Systemabgrenzung ist dabei inklusive der möglichen Daten-Zuliefersysteme und inkl. Datenservices z.Hd. Kantons- oder Drittsysteme vorzunehmen.

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
5. Abschnitt Art. 14 und 16a	Mit der Einführung bzw. der Erweiterung des IS NSM und IS PSM sind die Kantone auf einen konkreten Umsetzungsplan angewiesen, welcher den Akteuren Handel, Landwirtschaft und Vollzug (Kantonsbehörden) eine planbare Umsetzung ermöglicht. Nur wenn IS-Module die entsprechende Reife haben, kann von Seiten Kanton an die Umsetzung gegangen werden. Zentraler Punkt sind auch die Zugriffsberechtigungen, welche funktionieren müssen.	Die Kantone verzichten auf die Umsetzung von Massnahmen mit Systemen, welche die nötige Reife vermissen lassen. Die Testkapazitäten sind beim Bund einzuplanen und nicht bei den Kantonen. Bezüglich Zugriffsberechtigung ist der Handlungsbedarf Seiten Bund klar zu evaluieren und vor Inbetriebnahme umzusetzen. Auch hier können die Kantone keine Beta-Version-Tester-Funktion haben.
5. Abschnitt	Ergänzung:	Das Nährstoffmanagement betrifft sowohl die kantonale Behörde für Landwirtschaft, als auch die kantonale Behörde für Umwelt. Beide kantonalen Behörden sollen vollen Zugriff auf

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 15 Ziff. 9	<p>Der Bund stellt sicher, dass die Daten den im Vollzug beteiligten kantonalen Behörden zugänglich sind.</p> <p>Die kantonale Behörde für Umwelt wie auch die kantonale Behörde für Landwirtschaft müssen uneingeschränkten Datenzugang auf das IS NSM erhalten.</p>	die Daten erhalten.
5. Abschnitt Art. 16	<p>Ergänzung:</p> <p>Der Bund veröffentlicht jährlich eine Zusammenstellung der Nährstoffflüsse pro Kanton.</p>	Die Auswertungen der Daten des IS NSM sind unbedingt öffentlich zugänglich zu machen. Die Auswertung pro Kanton ermöglicht entsprechende Reaktionen im Vollzug bei der zuständigen kantonalen Behörde.
5a. Abschnitt: Art. 16b	<p>Ergänzung:</p> <p>Die kantonale Behörde für Umwelt wie auch die kantonale Behörde für Landwirtschaft müssen uneingeschränkten Datenzugang auf das IS PSM erhalten.</p>	Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, betrifft sowohl die kantonale Behörde für Landwirtschaft, als auch für Umwelt. Beide kantonalen Behörden sollen uneingeschränkten Zugriff erhalten.
5a. Abschnitt: Art. 16b Ziff. 4	<p>Ergänzung:</p> <p>Die Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter und die Anwenderinnen und Anwender nach Artikel 16a Buchstaben b und c erfassen die Daten der von ihnen beruflich angewendeten Pflanzenschutzmittel nach Artikel 16a Buchstabe e <u>bis spätestens 1 Monat nach dem Einsatz</u>.</p>	Die Erfassung der Anwendungsdaten soll konkrete Hilfestellung bieten für den Vollzug des Gewässerschutzes. Es ist daher unabdingbar, dass die Anwendungsdaten zeitnah in das Informationssystem eingetragen werden.
5a. Abschnitt: Art. 16b Ziff. 4	<p>Eine klare Regelung der Aufzeichnung von Anwendungen von PSM in geringen Mengen, insbesondere von Einzelstockbehandlungen (verteilt über die ganze Saison), ist notwendig, um das System nicht unnötig zu strapazieren.</p>	

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
5a. Abschnitt: Art. 16b Ziff. 4	Ergänzung: Die Begründung einer Behandlung bei Wirkstoffen mit erhöhtem Risiko wird bei ÖLN-Betrieben durch die Sonderbewilligung sichergestellt. Bei Betrieben ohne ÖLN müsste die Begründung über das IS PSM eingefordert werden. Entsprechend ist die Verordnung anzupassen.	Wir wissen durch die Ausstellung von Sonderbewilligungen für Wirkstoffe mit erhöhtem Risiko Bescheid über die Anwendungen im Bereich des ÖLN. Damit wir den Eintrag der Stoffe in die Gewässer auch bei Nicht-ÖLN Betrieben regulieren können, benötigen wir die entsprechenden Informationen dazu.
5a. Abschnitt Art. 16c	Datenbezug aus AGIS muss präzisiert werden. Der Bund muss den Datenbezug über Schnittstellen anbieten, welche den Ansprüchen moderner Smart-Farming-Anwendungen genügen. Die Schnittstellen müssen so konzipiert sein, dass der Bewirtschafter in seinen Anwendungen die PSM den Kulturflächen zuordnen kann. Dies auch bei Lagerung eines PSM fürs nächst kommende Kulturjahr.	
5a. Abschnitt Art. 16b, Abs. 4	Umgang mit Entsorgung von PSM muss klar geregelt sein. Die Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter erfassen die Daten der angewendeten PSM und der korrekt entsorgten PSM oder die Entsorgungsstelle erfasst diese Daten.	Nebst Anwendung gibt es auch die Entsorgung von PSM. Dieser Weg muss auch geregelt sein
5a. Abschnitt Art. 16c	Ergänzung: Der Bund stellt sicher, dass die Daten den im Vollzug beteiligten kantonalen Behörden zugänglich sind.	Für den Vollzug ist die Dateneinsicht im IS PSM wichtig. Bezüglich PSM stellt der Vollzug in vielen Kantonen eine Verbundaufgabe dar. Dementsprechend ist sicherzustellen, dass die Daten den Landwirtschafts- und Umweltschutzämtern zugänglich gemacht werden. Dadurch wird die Zielüberprüfung ermöglicht.
Pflanzenschutzmittelverordnung Art. 62 Abs. 1 ^{bis}	Wir begrüßen diesen Punkt.	Entsprechend unserem Antrag zur ISLV muss sichergestellt

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
		werden, dass die gesammelten Daten den kantonalen Fachstellen zugänglich gemacht werden.

BR 03 Verordnung über die Beurteilung der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft / Ordonnance sur l'évaluation de la durabilité de l'agriculture / Ordinanza concernente l'analisi della sostenibilità in agricoltura (919.118)

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Artikel, Ziffer (Anhang) Article, chiffre (annexe) Articolo, numero (allegato)	Antrag Proposition Richiesta	Begründung / Bemerkung Justification / Remarques Motivazione / Osservazioni
Art. 10a	Ergänzen: Die Verluste von Stickstoff und Phosphor werden bis zum Jahr 2030 um mindestens 20% im Vergleich zum Mittelwert der Jahre 2014-2016 reduziert. <u>Im Jahr 2028 definiert der Bundesrat den weiteren Absenkpfad nach 2030.</u>	Sobald absehbar ist, ob die geforderten Ziele erreicht werden können und der dadurch erreichte Stand der Umweltverbesserung abgeschätzt werden kann, soll der Bundesrat den weiteren Absenkpfad nach 2030 definieren.
Art. 10c Ziff. 2 lit. a	Wir unterstützen das Prinzip, bzw. dieser Herangehensweise ausdrücklich.	Die Kopplung des Risikos an die Ökotoxizität ist unabdingbar zur tatsächlichen Bestimmung des Umweltrisikos. Die Bestimmung der behandelten Fläche ist jedoch mit vielen Unsicherheiten belastet. Sobald das IS PSM umgesetzt ist, sind die erhobenen Daten für die Risikoberechnung zu verwenden.
Art. 10c Ziff 2.	Ergänzung: Die Daten der jährlich berechneten Risiken werden den beiden Zulassungsstellen für Pflanzenschutzmittel und Biozide weitergereicht.	Die Datenweitergabe muss klar geregelt sein. Die Daten aus der jährlichen Berechnung der Risiken müssen ins Zulassungsverfahren der Wirkstoffe einfließen.